

Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Stadt Büren im Zuge der Gewährung Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit und Hilfe in anderen Lebenslagen

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Büren von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

Verantwortliche/r:

Stadt Büren
vertreten durch den Bürgermeister
Königstraße 16
33142 Büren

Tel.: 02951/970-0
E-Mail: info@bueren.de

Abteilung III - Bürgerdienste

Datenschutzbeauftragte/r:

Datenschutzbeauftragte/r der Stadt Büren,
persönlich
Stadt Büren
Königstraße 16
33142 Büren
E-Mail: datenschutz@bueren.de

Zweck und Notwendigkeit:

Die Stadt Büren verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Gewährung von Leistungen nach dem 3., 4., 5. und 9. Kapitel Sozialgesetzbuch Teil XII. Dies umfasst die Gewährung von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit und Hilfe in anderen Lebenslagen.

Die Stadt Büren darf nur dann an andere Personen oder Stellen personenbezogene Daten weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Rechtsgrundlage:

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO (Wahrnehmung einer Aufgabe)

Des Weiteren beziehen wir uns auf folgende/s Spezialgesetz/e:

- in Verbindung mit Sozialgesetzbücher I – XII, insbesondere: §§ 60 – 65 SGB I, §§ 20 – 25 SGB X sowie §§ 67 – 96 SGB X, §§ 27 – 52 SGB XII, §§ 67 – 74 SGB XII und §§ 97 SGB XII

Kategorien personenbezogener Daten
(nur ausfüllen, wenn Artikel 14 zutreffend;
ansonsten Zeile löschen):

- Stammdaten
- Daten über die finanzielle Situation (Wohnkosten, Einkünfte oder Vermögen).

Herkunft personenbezogener Daten
(nur ausfüllen, wenn Artikel 14 zutreffend;
ansonsten Zeile löschen):

Die Daten werden zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erhoben

- bei der betroffenen Person
- im Rahmen eines nach § 79 SGB X zulässigen autorisierten Abrufverfahrens bei der Deutschen Rentenversicherung als zentrale Stelle für die in § 35 SGB I genannten Stellen
- bei den in den §§ 117 ff SGB XII genannten Stellen, insbesondere

bei anderen Behörden und anderen Sozialleistungsträgern sowie bei Unterhaltspflichtigen

- Vermieter
- Banken
- Arbeitgeber
- Bundesagentur für Arbeit
- Jobcenter
- Familienkasse
- Finanzamt

Empfänger/Kategorien von Empfängern: Interne Stellen: Stadtkasse, Standesamt, Meldebehörde, ggf. KiTa und Schulen

Externe Stellen: Krankenkasse, Familienkasse, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Polizei, Gesundheitsamt, Landschaftsverbände

Übermittlung an ein Drittland/internationale Organisation: Eine Übermittlung der verarbeiteten Daten ist nicht vorgesehen.

Speicherdauer bzw. -kriterien: Laut KGST-Empfehlung beträgt die Aufbewahrungsfrist 10 Jahre nach Abschluss der Bearbeitung.

Betroffenenrechte: Auskunftrecht (Art. 15)
Recht auf Berichtigung (Art. 16)
Recht auf Löschung (Art. 17)
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18)
Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20)
Widerspruchsrecht (Art. 21)

Ihr Beschwerderecht (Art. 77) können Sie unter anderem bei der/dem Landesbeauftragte/n für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen wahrnehmen.

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,

Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf

Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 38424-0,

Fax-Nr.: 0211 38424-10,

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.